

Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände



Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände · Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin

20.05.2014

Bundesministerium des Innern
11014 Berlin

mailto: johannes.raschka@bmi.bund.de
MII@bmi.bund.de
IIIA6@bmf.bund.de

Entwurf für ein Gesetz zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes/EU und weiterer Vorschriften (Artikelgesetz) zur Umsetzung der Vorschläge des Staatssekretärsausschusses „Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch EU-Bürger“

hier: Ihr Schreiben vom 15. Mai 2014/AZ: M I 1 – 21009/6#5

Sehr geehrter Herr Dr. Raschka,
sehr geehrte Damen und Herren,

mit o. g. Schreiben bitten Sie um eine Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes/EU und weiterer Vorschriften zur Umsetzung der Vorschläge des Staatssekretärsausschusses „Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch EU-Bürger“ bis zum 20. Mai 2014.

Eine Stellungnahmefrist von lediglich drei Arbeitstagen lässt eine fundierte Auseinandersetzung mit den beabsichtigten Änderungen nicht zu. Eine derart kurze Fristsetzung konterkariert die den kommunalen Spitzenverbänden nach § 47 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien gewährten Beteiligungsrechte und verhindert eine angemessene Einbeziehung der kommunalen Praxis.

In der Sache befürwortet es die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände jedoch, dass sich die Bundesregierung mit dem Problem der Armutszuwanderung aus Südosteuropa intensiv befasst und konkrete Vorschläge und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation unterbreitet, die einer missbräuchlichen Inanspruchnahme des Freizügigkeitsrechts entgegenwirken können. Der in diesem Zusammenhang vorgelegte Gesetzentwurf zur Änderung des Freizügigkeitsrechts/EU und weiterer Vorschriften wird grundsätzlich begrüßt. Es ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Ob die jetzt vorgeschlagenen Instrumente jedoch letztlich greifen werden und in der Praxis Wirkung zeigen, wird sich - nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Rechtsprechung - erst erweisen müssen.

Nach einer in der Kürze der Zeit nur möglichen ersten Durchsicht des Entwurfs möchten wir auf folgende, besonders wichtige Gesichtspunkte hinweisen:

Freizügigkeitsgesetz/EU (FreizügG/EU)

In **§ 2 Abs. 2 FreizügG/EU** soll eine neue Nr. 1a eingefügt werden, durch die die Freizügigkeitsberechtigung von Unionsbürgern, die sich zur Arbeitssuche in Deutschland aufhalten, eindeutiger als bisher geregelt wird. Die vorgeschlagene Regelung stellt klar, dass der Aufenthalt zur Arbeitssuche auf grundsätzlich sechs Monate begrenzt ist. Für einen darüberhinausgehenden Zeitraum soll das Freizügigkeitsrecht nur bestehen, wenn der Unionsbürger nachweisen kann, dass er begründete Aussicht hat, eingestellt zu werden.

Die vorgeschlagene Ergänzung wird begrüßt. Sie stellt eine Präzisierung des Begriffs der Arbeitsplatzsuche dar und kann die Rechtsanwendung erleichtern. Gleichwohl bleibt die Prüfung, ob ein Unionsbürger sich zum Zwecke der Arbeitssuche oder aus anderen, nicht freizügigkeitsrelevanten Beweggründen im Bundesgebiet aufhält, schwierig. Das gilt namentlich auch für das neue Tatbestandsmerkmal „begründete Aussicht haben, eingestellt zu werden“. Dieses verlangt von der Behörde eine Prognose unter Berücksichtigung von Faktoren wie der Arbeitsmarktsituation und den Qualifikationen des Unionsbürgers. Gerade angesichts des erheblichen Verwaltungsaufwandes wäre es wünschenswert zu regeln, dass Unionsbürger, die vergeblich versucht haben, in Deutschland eine Arbeit zu finden und daher ihr Freizügigkeitsrecht verloren haben, sich nicht nach Ausreise und anschließender Wiedereinreise erneut auf ein aus dem Aufenthaltswitz der Arbeitssuche abgeleitetes Freizügigkeitsrecht berufen können.

Auch die Ausweitung der Wiedereinreisesperre in **§ 7 Abs. 2 FreizügG/EU-E** für den Fall, dass der Verlust der Freizügigkeit nach **§ 2 Abs. 7 FreizügG/EU** festgestellt wurde, stellt eine positive Entwicklung dar. Auf diesem Wege ist eine Verlustfeststellung aufgrund des Missbrauchs des Freizügigkeitsrechts nach **§ 2 Abs. 7 FreizügG/EU** auch effektiv und rechtfertigt den behördlichen Aufwand. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass es sich hier zum einen um eine überschaubare Fallgruppe handelt. Außerdem bleiben die Schwierigkeiten in der behördlichen Praxis bestehen, überhaupt erst einen Missbrauch gemäß **§ 2 Abs. 7 FreizügG/EU** nachzuweisen. Diesbezüglich enthält der Gesetzentwurf leider keine Verbesserungen.

Die neu aufgenommene Strafvorschrift in **§ 9 Abs. 2 FreizügG/EU-E** ist ein wichtiger Baustein im Rahmen der Bekämpfung von Scheinehen und anderweitigem Missbrauch des Freizügigkeitsrechts und schließt eine bestehende Straflücke.

Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG)

Im Hinblick auf die geplante Änderung des **§ 2 Abs. 2 S. 2 Nr. 6 SchwarzArbG-E** ist derzeit nicht abschließend einschätzbar, in welchem Umfang durch die Aufnahme der Träger der Grundsicherung nach dem SGB II in den Katalog der Zusammenarbeitsbehörden zusätzlicher Aufwand für die Jobcenter entsteht. Wir behalten uns vor, im Gesetzgebungsverfahren zu diesem Punkt ggf. noch weiter Stellung zu nehmen.

Soweit es die Änderung des **SchwarzArbG** und die Erweiterung des **§ 2 Abs. 2** um eine neue **Nr. 12** anbelangt, nach der die Behörden der Zollverwaltung bei den Prüfungen nach Abs. 1 durch die nach **§ 14 Gewerbeordnung** für die Entgegennahme von Gewerbeanzeigen zuständigen Stellen unterstützt werden sollen, ist dies folgerichtig und zu begrüßen. Auch die Gewerbeordnung sieht in **§ 14 Abs. 8 Nr. 7** eine entsprechende Datenübermittlungsbefugnis der Gewerbebehörde an die Zollverwaltung vor. Die Intensivierung der Behördenzusammen-

arbeit entspricht zudem dem Maßnahmenkatalog des Staatssekretärsausschusses in seinem Zwischenbericht. Allerdings verweist die Begründung zu § 2 Abs. 2 Buchstabe d des Gesetzesentwurfes irrtümlicherweise lediglich auf eine „effektive Bekämpfung der Scheinselbständigkeit“. Gemeint ist aber in erster Linie die Bekämpfung der Schwarzarbeit. Die Bekämpfung der Scheinselbständigkeit erfordert nach unserer Auffassung darüber hinaus in jedem Falle eine Änderung der Gewerbeordnung dergestalt, dass den Gewerbebehörden bei zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkten für Zweifel an der selbständigen Ausübung eines Gewerbes die Möglichkeit gegeben wird, im Rahmen einer Gewerbeanzeige Nachweise vom Anzeigenden verlangen zu können. Insoweit halten wir eine Korrektur bzw. Präzisierung für erforderlich.

Einkommenssteuergesetz

Die Änderungen im Einkommenssteuergesetz werden begrüßt.